

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Selbstbestimmt leben in Stuttgart – Sozialraumorientierte Beratung und Begleitung beim ZsL durch die Beratungsstelle inklusiv UN-BRK fortführen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	48	0
Jahr 2	48	0
Jahr 3	48	0
Jahr 4	48	0
Jahr 5	48	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist als internationales Vertragswerk zum Schutz der Menschenrechte 2008 international in Kraft getreten.

Der gemeinnützige Verein ABS – Zentrum selbstbestimmt Leben e.V. (ZsL) engagiert sich seit über 40 Jahren als "Aktive Behinderte in Stuttgart" und seit 2004 als Beratungsstelle "Zentrum selbstbestimmt Leben" für die Belange von Menschen mit Behinderung und lebt seine Beratung nach dem sogenannten Peer-Counseling-Prinzip: Betroffene beraten Betroffene. Die Menschen, die im ABS -ZsL arbeiten, sind selbst Menschen mit Behinderung.

Das ZsL arbeitet niederschwellig, sozialraumorientiert und sensibilisiert für die Belange von Menschen mit Behinderung in Stuttgart. Diese wichtige Aufgabe möchten wir weiterhin unterstützen.

Wir wollen verhindern, dass diese wichtige Aufgabe der Haushaltskonsolidierung zum Opfer fällt und beantragen daher, die institutionelle Beratung/UN-BRK des ZsL auch weiterhin mit einer Förderung der bisherigen 0,5 Stellenanteile zu bezuschussen.

Gez.

Gabriele Munk

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender